Kleine Zeitung
Freitag, 25. April 2025

Kleine Zeitung
Freitag, 25. April 2025

BIS 29. APRIL

Pakistaner müssen Indien verlassen

Nach dem Anschlag in Kaschmir wächst die Kriegsangst.

Nach dem Angriff auf Touristen im indisch kontrollierten Teil von Kaschmir mit 27 Toten ist der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt zwischen Indien und Pakistan wieder eskaliert. Indien ordnete die Ausweisung aller pakistanischen Staatsangehörigen bis zum 29. April an. Zudem empfahl das Außenministerium in Neu-Delhi Landsleuten, die sich derzeit in Pakistan aufhalten, das Land so früh wie möglich zu verlassen. Von Reisen nach Pakistan werde dringend abgeraten.

Pakistan reagierte umgehend mit einer Reihe scharfer Gegenmaßnahmen. Die Regierung in Islamabad erklärte mehrere indische Diplomaten zu unerwünschten Personen, die das Land „sofort" verlassen müssten. Darüber hinaus wurden Grenzschließungen und die Aussetzung des Handels angekündigt.

Der Angriff hatte sich am Dienstag im beliebten Urlaubsort Pahalgam ereignet. Bekannt hat sich dazu bis jetzt noch niemand, Indien beschuldigt Pakistan aber regelmäßig, in der nördlichen Himalaya-Region bewaffnete Aufständische zu unterstützen.

Kaschmir, das mehrheitlich von Muslimen bewohnt wird, ist seit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans im Jahr 1947 geteilt. Die beiden Atommächte beanspruchen das Gebiet vollständig für sich und haben schon zwei Kriege um die Kontrolle der Bergregion geführt. Indien hat eine

Raketenhagel und stotternde Verhandlungen

Mit acht Toten erlebt Kiew den schwersten Angriff seit Monaten. Trump glaubt dennoch, dass Moskau seinen Plan unterstützen wird.

Von Ronald Schönhuber

Während in Washington der mächtigste Mann der Welt im Weißen Haus über eine mögliche Vereinbarung mit Russland sprach, schlugen im nächtlichen Kiew die Raketen und Drohnen ein. Der Angriff dauerte mehrere Stunden, als die Sonne am Donnerstagmorgen aufging, waren die Rettungskräfte immer noch damit beschäftigt, die Trümmer der zerstörten Wohnhäuser nach eventuellen Überlebenden zu durchsuchen. Immer wieder war aus den Ruinen das Klingeln der Mobiltelefone zu hören, die von verzweifelten Angehörigen angerufen wurden.

Bei dem russischen Angriff, den viele Einwohner als den heftigsten seit vielen Monaten beschrieben, kamen insgesamt acht Menschen ums Leben, unter den mehr als 70 Verletzten waren nach Angaben der Rettungsdienste auch sechs Kinder.

Dass ein Luftangriff so viele Tote fordert, ist für die ukrainische Hauptstadt ungewöhnlich. Die modernen Flugabwehrsysteme, die hier stationiert sind, sorgen normalerweise dafür, dass Kiew vergleichsweise gut geschützt ist. Laut einem Insider haben die russischen Streitkräfte diesmal aber auch ballistische Raketen aus nordkoreanischer Produktion eingesetzt. Eine davon soll auch das Wohnhaus im Westen der Stadt getroffen haben, unter dessen Trümmern der Großteil der Opfer gefunden wurde.

Der jüngste Angriff steht im krassen Gegensatz zum angeblichen Friedenswillen Moskaus, den Donald Trump auch am Mittwochabend noch einmal hervorgestrichen hatte. Gegenüber Journalisten hatte der US-Präsident im Oval Office auch erklärt, dass er davon ausgehe, eine Einigung mit Russland zu haben. Nur wenige Stunden davor hatten Medien über einen von der US-Regierung entworfenen Friedensplan berichtet, bei dem Russland kaum Zugeständnisse machen müsste, die Ukraine aber zahlreiche sehr bittere Pillen zu schlucken hätte. So will Trump, dem zuletzt immer wieder vorgeworfen wurde, sich zu sehr auf die Seite Moskaus zu schlagen, offenbar die Krim als russisches Staatsgebiet anerkennen und den derzeitigen Frontverlauf einfrieren. In dem einseitigen Dokument ist zudem von einer Aufhebung der Sanktionen gegenüber Russland die Rede.

Witkoff soll Putin bald wieder treffen AP

Auf seiner Kurznachrichten-Plattform Truth Social hatte Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auch äußerst scharf angegriffen. Dessen Weigerung, die Besetzung der Krim durch die Russen zu akzeptieren, sei „sehr schädlich für die Friedensverhandlungen", schrieb der US-Präsident in einem langen Posting. Selenskyjs „aufgeheizte Äußerungen" würden diesen Krieg nur verlängern.

Dass sich die Ukraine auf Trumps Friedensplan einlässt, scheint derzeit wenig wahrscheinlich. So ist die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine nicht nur in der Verfassung festgeschrieben, eine Aufgabe wäre auch innenpolitisch nicht durchsetzbar. „Derzeit gibt es keinen einzigen Politiker im Land, der dafür stimmen würde", sagt der frühere Präsidentenberater Kostyantyn Yeliseyew gegenüber der „New York Times".

Möglicherweise gibt es aber am Rande des Papstbegräbnisses morgen eine erneute Aussprache auf höchster Ebene, sowohl Trump wie auch Selenskyj wollen nämlich nach Rom kommen. US-Medien zufolge soll aber auch der US-Sondergesandte Steve Witkoff in den kommenden Tagen erneut nach Moskau reisen, um dort mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu verhandeln.

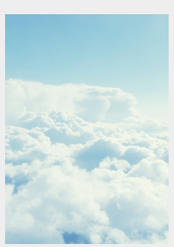
Acht Tote wurde in Kiew aus den Trümmern der Wohnhäuser geborgen AFP

NACHRICHTEN

DACHZEILE TAG MIT 10 PUNKT

titel Tag mit 15 Punkt

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetaur adipisicing elit, sed do eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Enim **5 ZEILEN** veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi ut aliquip ex ea commodo consequat. Duis aute irure dolor in reprehen-



CREDIT CREDIT CREDIT CREDIT CREDIT

HEAD_OVERLINE

head 15pp kleine

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetaur adipisicing elit, sed do eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Enim **5 ZEILEN** veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi

HEAD_OVERLINE

head 15pp kleine sans bold headp 15pp

Lorem ipsum dolor sit amet, consectetaur adipisicing elit, sed do eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Enim **5 ZEILEN** veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi ut aliquip ex ea commodo consequat. Duis aute irure dolor in reprehenderit in voluptate **10 ZEILEN** velit esse cillum dolore eu fu CCI Europe Excepteur sint occaecat cupidatat non proident, sunt in culpa qui officia

INTERVIEW

Nach Schock regt sich nun der Widerstand

Donald Trump unterzeichnete nun Dekrete gegen US-Unis. Der Grazer Professor Franz Winter forscht in Harvard – und berichtet.

Wie nehmen Sie die Stimmung in der Studenten- und Kollegenschaft wahr?

FRANZ WINTER: Man spürt eine positive Aufbruchsstimmung: Der anfänglichen Schockstarre ob des beispiellosen Vorgehens der Regierung ist entschlossenem Widerstand gewichen: Anfänglich gab es von Seiten der Universitätsleitungen – Harvard eingeschlossen – ja eine eher nachgebende Haltung, zumal man sich im Zusammenhang mit dem Vorwurf antisemitischer Umtriebe im Zuge der allzu vielen Palästina-Demonstrationen einer Fehlentwicklung bewusst war. Erst jetzt weist man die vielen Forderungen, die in die Autonomie der Universitäten eingreifen, aktiv zurück. Harvard und seinem ruhig und umsichtig agierenden Präsidenten Alan Garber kommen eine Führungsrolle zu.

Religionswissenschaftler Winter KK

Machen gestrichene Visa und Verhaftungen nicht bange?

Die Grundstimmung geht eher in ein „Jetzt erst recht!", weil zu viel am Spiel steht. Es bleibt aber natürlich Unbehagen, weil niemand weiß, wohin es geht. Durchgehend Irritation und Besorgnis ist in den direkten Gesprächen spürbar. Zum einen unter den US-amerikanischen Studierenden selbst, von denen viele die aktuelle Entwicklung auch nicht nachvollziehen können bzw. dafür keine Erklärung haben. Zum anderen aber bei den vielen ausländischen Studierenden: Es gab bereits Fälle, in denen Visa widerrufen wurden – oder Verhaftungen von der Straße weg.

Etwa 100 Bildungseinrichtungen stehen zusammen gegen Trump. Welche Rolle spielt Harvard?

Harvard kommt eindeutig eine Führungsrolle zu, das hat natürlich mit der Finanzkraft zu tun, es soll aber auch ein deutliches Zeichen setzen. Hier muss auf die hohe Signalwirkung hingewiesen werden: Harvard gilt – bei aller Kritik, die es in vielen Punkten gibt – als Leuchtturm der US-Universitätslandschaft.

Wie gefährdet ist die universitäre Bildung in den USA?

Vieles hängt von der weiteren Entwicklung ab. Aktuell lässt sich das noch nicht abschätzen. Der aktuelle Widerstand ist deshalb umso wichtiger, weil man ansonsten dem Treiben tatenlos zugesehen hätte.

Spürt man Kürzungen schon?

Es gab bereits im März als erste Reaktion auf die Entwicklungen ein Einfrieren von Geldern, die für kurzfristige Anstellungsverhältnisse vorgesehen waren. Größere Einschnitte waren in Harvard bisher nicht notwendig. Das sagt aber nichts für die Zukunft: Wenn staatliche Gelder – über zwei Milliarden US-Dollar – definitiv zurückgehalten werden, sind verschiedene Forschungsbereiche direkt betroffen. Vor allem aktuelle medizinische und naturwissenschaftliche Forschungsprogramme wird man womöglich einstellen müssen, hört man.

Thomas Golser